



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung am
23.06.2020**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:53 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Yvonne Winkler	Ausschussvorsitzende, Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Lange
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Vertreter für Herrn Dr. Meerheim
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 19:14 Uhr
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Mämecke, Teilnahme bis 19:47 Uhr
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Andreas Heinrich	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Sören Steinke	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertreter für Herrn Senius
Andreas Wels	Fraktion Hauptsache Halle, Vertreter für Herrn Dr. Ernst
Torsten Schaper	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Jana Kozyk	Sachkundige Einwohnerin
Dirk Neumann	Sachkundiger Einwohner
Claudia Rohrbach	Sachkundige Einwohnerin
Lorenz Elias Schleyer	Sachkundiger Einwohner
Ernst Josef Peter Dehn	Sachkundiger Einwohner
Markus Heinemann	Sachkundiger Einwohner
Anne-Katrin Wielebinski	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Sabine Ernst	Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Reik Möller	Referent des Oberbürgermeisters
Dr. Petra Sachse	Leiterin Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung
Sarah Lange	Protokollführerin

Gäste

Mark Lange	Geschäftsführer Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Mirko Kisser	Vorstandsvorsitzender KWSA (Kreativwirtschaft Sachsen-Anhalt e.V.)
Jana Reinhardt	Vorstand Games & XR Mitteldeutschland
Herr Kreuzer	Vertreter Kreativwirtschaft

Entschuldigt fehlten:

Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Steve Mämecke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Martin Ernst	Fraktion Hauptsache Halle
Prof. Dr. Wolfgang Paul	Sachkundiger Einwohner
Nikolas Schröder	Sachkundiger Einwohner

zu **Einwohnerfragestunde**

zu **Herr Vu zur Marktsatzung**

Herr Vu nahm Bezug zur Marktsatzung. Er sagte, dass die PKW als Windschutz oder Lager für die Marktstände dienen. Zudem wären die täglichen Parkgebühren in der Umgebung für kleine Markthändler zu hoch. Des Weiteren sagte er, dass die Marktzeiten bis 18 Uhr zu lang sind. Das Kaufverhalten hat sich verändert und die Kundschaft bleibt auf dem Wochenmarkt ab dem Nachmittag aus. Die Standzeiten der Händlerinnen und Händler rentieren sich daher nicht. Er bat die angedachten Änderungen der Satzung zu überdenken.

Frau Ernst sagte, dass die Stadt Halle (Saale) ein einheitliches Bild auf den Wochenmärkten anstrebt. Dazu gehören die Marktzeiten, die Einheitlichkeit der Gestaltung der Stände und das Abstellverbot von Fahrzeugen. Sie verwies auf die heutige Diskussion im Ausschuss.

zu **Frau Buchmann zur Marktsatzung**

Frau Buchmann sagte, dass sie auch als Händlerin auf dem Wochenmarkt in Halle-Neustadt steht. Sie äußerte ihren Unmut über die angedachte Marktsatzungsänderung und bestätigte die Aussagen von Herrn Vu.

Frau Winkler verwies auf die Diskussion im heutigen Ausschuss.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung wurde von **Frau Winkler** eröffnet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Winkler informierte, dass ein Antrag der Fraktion DIE Linke für eine Aktuelle Stunde zum Thema Kreativwirtschaft und Start-ups in Zeiten von Corona vorliegt. Sie teilte mit, dass der Antrag zur Durchführung einer Aktuellen Stunde unzulässig ist, da das Thema bereits zur Beschlussfassung durch den Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft nach der Corona-Krise auf der Tagesordnung steht.

Sie teilte mit, dass sich Verwaltung und Antragssteller darauf verständigt haben, das Thema unter TOP 5.4 zu behandeln.

Herr Lange stimmte dieser Verfahrensweise zu. Er ergänzte, dass es wichtig ist, die eingeladenen Gäste (Vertreter der Kreativwirtschaft) zur Thematik sprechen zu lassen.

Frau Winkler wies auf folgende Änderungen und Ergänzungen hin:

TOP 4.3

Erlass von Sondernutzungsgebühren für Gaststättenbetriebe aufgrund von Beschränkungen in Folge der Corona-Pandemie

Vorlage: VII/2020/01301

- ➔ Hierzu liegt ein Änderungsantrag der FDP vor
- ➔ Behandlung unter TOP 4.3.1

TOP 4.3.1

Änderungsantrag der Fraktion der Freien Demokraten (FDP) und der CDU-Fraktion zum Erlass von Sondernutzungsgebühren für Gaststättenbetriebe (VII/2020/01301)

Vorlage: VII/2020/01374

- ➔ Hierzu liegt ein Änderungsantrag der AfD vor
- ➔ Behandlung unter TOP 4.3.1.1

TOP 5.4

Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft nach der Corona-Krise

Vorlage: VII/2020/01263

- ➔ Beschlussvorschlag wurde geändert (Änderungsantrag der SPD übernommen)
- ➔ Hierzu liegt ein Änderungsantrag der SPD vor
- ➔ Maßnahmeplan der Verwaltung wurde als Anlage hinterlegt

TOP 5.7

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erstellung eines Mobilitätskonzeptes für den neuen Verwaltungsstandort Scheibe A in Halle-Neustadt

Vorlage: VII/2020/01053

- ➔ Änderungsantrag des Oberbürgermeisters wurde übernommen

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung, sodass **Frau Winkler** um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 28.01.2020
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Jahresabschluss 2019 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VII/2020/01310
 - 4.2. Marktsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2020/01027
 - 4.2.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Marktsatzung,
VII/2020/01027
Vorlage: VII/2020/01329

- 4.3. Erlass von Sondernutzungsgebühren für Gaststättenbetriebe aufgrund von Beschränkungen in Folge der Corona-Pandemie
Vorlage: VII/2020/01301
- 4.3.1. Änderungsantrag der Fraktion der Freien Demokraten (FDP) und der CDU-Fraktion zum Erlass von Sondernutzungsgebühren für Gaststättenbetriebe (VII/2020/01301)
Vorlage: VII/2020/01374
- 4.3.1.1. Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag der Fraktion der Freien Demokraten (FDP) zum Erlass von Sondernutzungsgebühren für Gaststättenbetriebe (VII/2020/01301)
Vorlage: VII/2020/01385
- 4.4. Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Markthalle
Vorlage: VII/2020/01365
- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der CDU-Fraktion zu Bildungsmaßnahmen am Übergang Schule-Beruf
Vorlage: VII/2020/00781
- 5.2. Antrag der CDU-Fraktion zur Prüfung von Parkerleichterungen für Handwerksbetriebe sowie weitere Gewerbetreibende und Dienste aus der Gesundheitsbranche
Vorlage: VII/2020/01262
- 5.3. Antrag der CDU-Fraktion zur Nutzung städtisch geförderter soziokultureller Zentren, Erwartungen der Stadt im Sinne eines gewaltfreien Engagements, demokratischen Verhaltens und der Gewährleistung von Meinungspluralität
Vorlage: VII/2020/01303
- 5.4. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft nach der Corona-Krise
Vorlage: VII/2020/01263
- 5.4.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft nach der Corona-Krise – Vorlagen-Nummer: VII/2020/01263
Vorlage: VII/2020/01401
- . Kreativwirtschaft und Start-ups in Zeiten von Corona
- 5.5. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Unterstützung der Einzelhändler und Gastronomen bei der Überwindung der Corona-Krise
Vorlage: VII/2020/01237
- 5.6. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Ausbau der Park&Ride-Kapazitäten
Vorlage: VII/2020/01052

- 5.7. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erstellung eines Mobilitätskonzeptes für den neuen Verwaltungsstandort Scheibe A in Halle-Neustadt
Vorlage: VII/2020/01053
- 5.7.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erstellung eines Mobilitätskonzeptes für den neuen Verwaltungsstandort Scheibe A in Halle-Neustadt
Vorlage: VII/2020/01174
- 5.8. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bekämpfung sozialer Segregation
Vorlage: VII/2020/01055
- 5.9. Antrag der Freien Demokraten (FDP) zur Vermeidung von unnötigen Parkplatzsuch-
verkehren
Vorlage: VII/2020/00937
- 5.10. Antrag der Stadträte Gernot Nette und Johannes Menke zur Ausweisung von Kurz-
zeitparkplätzen für den Wirtschaftsverkehr in der halleschen Innenstadt
Vorlage: VII/2020/00940
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7. Mitteilungen
- 7.1. Berichterstattung zu befristeten Stellen der kommunalen Unternehmen
Vorlage: VII/2020/01248
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 28.01.2020

Es gab keine Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 28. Januar 2020, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Jahresabschluss 2019 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VII/2020/01310**

Es gab keine Wortmeldungen, sodass sich **Frau Winkler** im Namen der Ausschussmitglieder für das gute Ergebnis bedankte und um Abstimmung der Beschlussvorlage bat.

**zu 4.1 Jahresabschluss 2019 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VII/2020/01310**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters zu der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH im Umlaufverfahren vom 30.04.2020:

1. Die Gesellschafter beschließen die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 mit einer Bilanzsumme von 480.032,71 EUR und einen Jahresüberschuss von 57.780,21 EUR.
2. Die Gesellschafter beschließen, den Jahresüberschuss in Höhe von 57.780,21 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.
3. Die Gesellschafter beschließen die Entlastung des Geschäftsführers (Herrn Mark Lange) für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2019.

**zu 4.2 Marktsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2020/01027**

**zu 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur
Marktsatzung, VII/2020/01027
Vorlage: VII/2020/01329**

Frau Krischok nahm den Platz für Herrn Lange ein. Herr Lange nahm im Zuschauerbereich platz.

Herr Möller sagte, dass die eingereichten Fragen zur Marktsatzung beantwortet wurden und verwies auf die in Session hinterlegten Antworten.

Frau Krischok nahm Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung und fragte nach den Änderungsblättern. Sie begründete den Änderungsantrag ihrer Fraktion. Des Weiteren sagte sie, dass die Antwort zur Frage 7 nicht korrekt ist. Es geht um die Gebührenermäßigung.

Herr Möller sagte, dass die Antwort zur Frage 7 im § 12 Abs. 3 der Marktsatzung geregelt ist.

Frau Ernst sagte, dass der Stadtrat über die Gestaltung und den Auftritt des Marktes entscheidet. In der Stellungnahme wurde noch einmal dargestellt, was aus Sicht der Verwaltung relevant ist.

Herr Schaper beantragte EinzelpunktAbstimmung.

Herr Heinrich fragte, was gegen das Parken der Fahrzeuge hinter den Verkaufsständen spricht.

Frau Ernst antwortete, dass dies aus ästhetischen Gründen nicht befürwortet wird. Zudem kommt es beim vorzeitigen Abbau der Marktstände zu Verkehr auf dem Markt.

Frau Thomann sagte, dass ausreichend Stellfläche für die Fahrzeuge vorhanden ist und die Ästhetik des Marktes nicht darunter leidet. Ihrer Meinung nach sollten die Standzeiten an die Zielgruppen so angepasst werden, dass es dennoch einheitliche Öffnungs- und Schließzeiten gibt.

Herr Wels sagte, dass seine Fraktion einigen Punkten zustimmen kann. Er regte stabilere Marktstände, in Form von festen Häuschen, zum Punkt 2 an. Er nahm Bezug zu Punkt 5 und sagte, dass der Beirat die Standplätze eigenständig begrenzt hat. Er stimmte einer EinzelpunktAbstimmung zu.

Frau Thomann sagte, dass die Öffnungszeiten für Direktvermarkter zu lang sind. Des Weiteren merkte sie an, dass der Wochenmarkt zur Versorgung der halleschen Bevölkerung dient.

Herr Schied sagte, dass es wichtig ist, mit den Markthändlern ins Gespräch zu kommen. Eine Begrenzung der Marktstände ist seiner Meinung nach nicht sinnvoll.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Winkler** bat um Abstimmung der Vorlage und um EinzelpunktAbstimmung des dazugehörigen Änderungsantrags.

**zu 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Marktsatzung, VII/2020/01027
Vorlage: VII/2020/01329**

Punkt 1

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

**einstimmig zugestimmt
nach Änderungen**

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

**einstimmig zugestimmt
nach Änderungen**

Punkt 2

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

**mehrheitlich zugestimmt
nach Änderungen**

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

**mehrheitlich zugestimmt
nach Änderungen**

Punkt 3

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mehrheitlich zugestimmt
nach Änderungen

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt
nach Änderungen

Punkt 4

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

keine Abstimmung

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt
nach Änderungen

Punkt 5

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mehrheitlich zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt

Punkt 6

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt

Punkt 7

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mehrheitlich zugestimmt
nach Änderungen

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt
nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. **Auf der Grundlage einer Gebührenkalkulation für den Zeitraum vom 18.04.2019 bis 17.04.2020 berechnet die Verwaltung eine Gebühr. In der Gebührenkalkulation zur Marktsatzung der Stadt Halle (Saale) (Anlage 3) ist der Zeitraum für die Berechnung zu aktualisieren. (18.04.2019 – 31.05.2020).**

2. **Die §§ 8 und 17** sind der Marktsatzung ist in der Weise zu ändern, dass **die** ~~den~~ Händler*innen auf den Wochenmärkten Neustadt und Vogelweide ~~durch Ermessungsspielraum der Stadtverwaltung ermöglicht werden kann,~~ gegen eine angemessene Gebühr **von 5 EURO/Tag** ihre Fahrzeuge hinter ihrem Stand zu parken **können**.
3. Im § 12 (1) der Marktsatzung wird im 2. Satz ergänzt:
Die Wochenmärkte sind **in der Regel** von Montag ...
4. Im § 12 (4) der Marktsatzung wird im 2. Satz ergänzt:
... für den Zeitraum **des kommenden Kalenderjahres** durch ...
5. Im § 13 (2) der Marktsatzung wird der Punkt 5 gestrichen.
6. Im § 17 (2) der Marktsatzung wird ergänzt:
Die Gebühren für mehrstöckige Verkaufseinrichtungen beträgt das Anderthalbfache der üblichen Standflächengebühr.
7. Im § 17 (2) 5. der Marktsatzung wird im letzten Satz ergänzt:
Für den „Platz an der Ulrichskirche/Leipziger Straße“ **und weitere Standorte** ermäßigt sich ...

zu 4.2 Marktsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2020/01027

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

**mehrheitlich zugestimmt
mit Änderungen**

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

**mehrheitlich zugestimmt
mit Änderungen**

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Marktsatzung der Stadt Halle (Saale).

**zu 4.3 Erlass von Sondernutzungsgebühren für Gaststättenbetriebe aufgrund von
Beschränkungen in Folge der Corona-Pandemie**
Vorlage: VII/2020/01301

**zu 4.3.1 Änderungsantrag der Fraktion der Freien Demokraten (FDP) und der CDU-
Fraktion zum Erlass von Sondernutzungsgebühren für Gaststättenbetriebe
(VII/2020/01301)**
Vorlage: VII/2020/01374

Herr Lange übernahm die Vertretung von Frau Krischok

Herr Schaper brachte den gemeinsamen Änderungsantrag seiner Fraktion und der CDU-Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Ernst wies auf die Stellungnahme der Verwaltung hin. Die Stadtverwaltung prüft derzeit Ideen von Gastronomen. Sie wies zudem auf die Gleichbehandlung mit anderen Gewerbetreibenden hin. Aktuell gibt es viele Unternehmen in Halle (Saale), die ebenfalls mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Herr Bernstiel bedankte sich für die bisherige Kulanz der Stadtverwaltung. Er warb um Zustimmung.

Herr Heinrich befürwortete den Antrag und regte an, den Zeitraum des Erlasses der Sondernutzungsgebühren bis Ende Oktober zu verlängern.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Winkler** bat um Abstimmung der Änderungsanträge und der dazugehörenden Beschlussvorlage.

zu 4.3.1.1 Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag der Fraktion der Freien Demokraten (FDP) zum Erlass von Sondernutzungsgebühren für Gaststättenbetriebe (VII/2020/01301)
Vorlage: VII/2020/01385

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig abgelehnt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Beschlussvorlage wird geändert und erhält folgende Fassung:

Der Stadtrat beschließt für den Zeitraum 1. März 2020 bis ~~31. Mai 2020~~ ~~30. September~~ **31.10.** 2020 von Gaststätten keine Sondernutzungsgebühren für die Nutzung öffentlicher Flächen zu erheben. Bei Werbung im öffentlichen Raum findet diese Regelung keine Anwendung. Bereits bezahlte Gebühren werden den Betreibern erstattet.

zu 4.3.1 Änderungsantrag der Fraktion der Freien Demokraten (FDP) und der CDU-Fraktion zum Erlass von Sondernutzungsgebühren für Gaststättenbetriebe (VII/2020/01301)
Vorlage: VII/2020/01374

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt
nach Änderungen

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt
nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

Die Beschlussvorlage wird geändert und erhält folgende Fassung:

Der Stadtrat beschließt für den Zeitraum 1. März 2020 bis ~~31. Mai 2020~~ **30. September 2020** von Gaststätten keine Sondernutzungsgebühren für die Nutzung öffentlicher Flächen zu erheben. Bei Werbung im öffentlichen Raum findet diese Regelung keine Anwendung. Bereits bezahlte Gebühren werden den Betreibern erstattet.

zu 4.3 Erlass von Sondernutzungsgebühren für Gaststättenbetriebe aufgrund von Beschränkungen in Folge der Corona-Pandemie
Vorlage: VII/2020/01301

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

**einstimmig zugestimmt
mit Änderungen**

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

**einstimmig zugestimmt
mit Änderungen**

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt für den Zeitraum 1. März 2020 bis ~~31. Mai 2020~~ **30. September 2020** von Gaststätten keine Sondernutzungsgebühren für die Nutzung öffentlicher Flächen zu erheben. Bei Werbung im öffentlichen Raum findet diese Regelung keine Anwendung. Bereits bezahlte Gebühren werden den Betreibern erstattet.

zu 4.4 Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Markthalle
Vorlage: VII/2020/01365

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde für Herrn Lange (Geschäftsführer SMG) das Rederecht erteilt.

Herr Lange führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Schied sagte, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen wird. Die Idee einer Markthalle ist nicht aus der Bürgerschaft gekommen. Eine Flexibilität ist seiner Meinung nach nicht gegeben und auch die Frage der Toiletten ist unklar. Zudem fordert die Bürgerschaft mehr Grünflächen, Ordnung und Sitzgelegenheiten.

Frau Ernst sagte, dass das Innenstadtkonzept verändert werden muss, um den Markt langfristig attraktiv und für Unternehmen profitabel zu gestalten. Sie fragte, welche Vorschläge die Ausschussmitglieder zur Stärkung der Innenstadt haben.

Herr Schaper sagte, dass seine Fraktion der Steigerung der Attraktivität des Marktplatzes zustimmt. Dabei ist die Einbeziehung der ansässigen Markthändler wichtig. Der Marktplatz ist eine viel frequentierte Fläche, daher wäre das Einbringen von Kulturflächen sinnvoll. Des Weiteren sollte das Mobilitätskonzept weiterentwickelt werden. Er stellte einen Geschäfts-

ordnungsantrag

auf

Vertagung.

Frau Winkler bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrags auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag:

mehrheitlich abgelehnt

Herr Bernstiel sagte, dass der Ansatz der Beschlussvorlage verständlich ist. Er merkte an, dass in der Vorlage eine Analyse fehlt, die die Vor- und Nachteile des Marktplatzes aufzeigt.

Herr Helmich bedankte sich für die eingebrachte Beschlussvorlage. Er gab zu bedenken, dass die Idee zur Belebung des Marktplatzes überarbeitet werden sollte. Er fragte, ob eine Investition für Investoren rentabel ist, ohne die Zusicherung von Mieteinnahmen. Er bat das Ansinnen der Beschlussvorlage weiterzuverfolgen.

Frau Ernst antwortete, dass Investoren eigenständig entscheiden, ob die gegebenen Parameter für sie tragbar sind. Es geht hier um eine Grundsatzentscheidung.

Herr Lange ergänzte, dass die Details noch nicht mit dem potenziellen Investor erörtert wurden.

Frau Dr. Wünscher gab zu bedenken, dass durch das Installieren einer Markthalle der Marktplatz an Charme verliert. Sie fragte, ob diese Idee durch die halesche Bevölkerung mitgetragen wird und was die einzelnen Stände an Produkten anbieten werden.

Herr Lange antwortete, dass Bioprodukte angeboten werden sollen.

Herr Dehn gab zu bedenken, dass der Vorschlag der Verwaltung viele Fragen beinhaltet. Es wäre sinnvoll, diese zu diskutieren und den Vorschlag nicht vorzeitig abzulehnen. Er schlug vor, die Machbarkeit dieser Idee vorerst zu prüfen.

Herr Lange gab zu bedenken, dass Standplatzgebühren in einer Markthalle höher sein werden, als die auf dem Markt. Des Weiteren finden auf dem Markt häufig Veranstaltungen statt, was ein permanentes Auf- und Abbauen der Stände für die eingemieteten Händlerinnen und Händler bedeutet und daher unrentabel sein wird. Er sagte, dass die Diskussion zur Gestaltung des Marktplatzes neu begonnen werden muss.

Herr Bernstiel sagte, dass alle Einzelhändler der Innenstadt in diese Diskussion mit einbezogen werden sollten. Er brachte einen Änderungsantrag ein: Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, eine Übersicht zu erstellen, welche die Vor- und Nachteile des Marktplatzes Halle (Saale) aufzeigt und mögliche Verbesserungsoptionen beinhaltet.

Frau Ernst bedankte sich für den Vorschlag. Sie sagte, dass es sich bei dem Antrag nicht um einen Änderungsantrag handelt.

Frau Thomann befürwortete, dass die Attraktivität des Marktplatzes gesteigert werden muss. Sie sagte, dass Konkurrenz das Geschäft belebt und daher weitere hochwertige Händlerinnen und Händler hilfreich sein können. Die angebotene Lösung der Verwaltung ist ihrer Meinung nach dabei nicht zielführend. Sie fragte, woher neue Anbieter für Bioangebote gewonnen werden sollen. Zur Begründung sagte sie, dass vereinzelte Baumkübel keine große Wirkung haben.

Herr Schied merkte an, dass es sich bei dem Änderungsantrag von Herrn Bernstiel um einen eigenständigen Antrag handelt.

Herr Heinrich schloss sich der Meinung der CDU-Fraktion an. Des Weiteren gab er zu bedenken, dass die Markthalle zur Preiserhöhung der Produkte führen wird.

Frau Ernst bat darum, konkrete Vorschläge zur Änderung zu unterbreiten.

Herr Bernstiel zog seinen Änderungsantrag zurück. Er gab zu bedenken, dass bei einer Ablehnung der Vorlage ein Antrag mit selbigem Inhalt im nächsten halben Jahr nicht eingebracht werden darf.

Frau Ernst sagte, dass die Verwaltung den Grundsatzbeschluss aufrechterhält. Bei neuen Erkenntnissen kann ein Antrag auch vor Ablauf einer halbjährigen Frist eingebracht werden.

Frau Rohrbach sagte, dass die Idee zur Umgestaltung des Marktplatzes bereits in den Zukunftswerkstätten 2013 kam. Als Feedback an die Citygemeinschaft Halle wurde herangezogen, dass ein kleinerer regionaler Markt befürwortet wird. Ihre Fraktion wird den Vorschlag der Verwaltung unterstützen.

Herr Schaper fragte, ob eine Vertagung möglich ist.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass der Vertagungsantrag bereits abgelehnt wurde.

Herr Dehn fragte, ob es denkbar ist, vorab die Machbarkeit des Projektes zu prüfen.

Frau Ernst antwortete, dass ein Änderungsantrag jederzeit eingebracht werden kann.

Herr Helmich sagte, dass die Beschlussvorlage keine Verfahrensweise des Projektes beinhaltet. Seine Fraktion wird das Konzept einer Markthalle ablehnen, da es ungeeignet ist.

Frau Ernst widersprach Herrn Helmich und sagte, dass das Ergebnis dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen ist. Daher hat der Stadtrat die Möglichkeit, über das Verhandlungsergebnis zu beraten und einen Beschluss zu fassen.

Herr Heinrich sagte, dass die Mehrheit der Fraktionen eine andere Vorstellung zur Nutzung des Platzes hat.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Winkler** bat um Abstimmung der Vorlage.

zu 4.4 **Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Markthalle** **Vorlage: VII/2020/01365**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mehrheitlich abgelehnt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, Verhandlungen mit privaten Investoren zur Errichtung einer modernen Markthalle mit einem mobilen Marktstandsystem aufzunehmen. Die Markthalle ist baulich so zu konzipieren, dass sie für Veranstaltungen auf dem Marktplatz

abgebaut werden kann. Das Verhandlungsergebnis ist dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 5.1 **Antrag der CDU-Fraktion zu Bildungsmaßnahmen am Übergang Schule-Beruf**
Vorlage: VII/2020/00781

Es gab keine Wortmeldungen und **Frau Winkler** bat um Abstimmung des Antrags.

zu 5.1 **Antrag der CDU-Fraktion zu Bildungsmaßnahmen am Übergang Schule-Beruf**
Vorlage: VII/2020/00781

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Bericht über die vielfältigen Angebote zur Unterstützung von Jugendlichen auf dem Weg von der Schule in Ausbildung und Beruf oder auch zur Begleitung des Alltags während einer Berufsausbildung zu erstellen.
2. Zu erfassen sind alle Maßnahmen, Programme, Projekte und Instrumente der Rechtskreise SGB II, SGB III und SGB VIII, die im Stadtgebiet Halle angeboten werden oder den Jugendlichen grundsätzlich zur Verfügung stehen. Sie sind hinsichtlich Zielgruppe, Inhalt, Sozialraum, Träger und Finanzierungsquelle zu beschreiben.
3. Mögliche Defizite im Übergangssystem Schule Beruf werden evaluiert und benannt.
4. Der Bericht wird dem Stadtrat spätestens im ~~IV. Quartal 2020~~ **I. Quartal 2021** zur Kenntnis gegeben.

zu 5.2 **Antrag der CDU-Fraktion zur Prüfung von Parkerleichterungen für Handwerksbetriebe sowie weitere Gewerbetreibende und Dienste aus der Gesundheitsbranche**
Vorlage: VII/2020/01262

Herr Bernstiel führte in den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Winkler** bat um Abstimmung des Antrags.

zu 5.2 Antrag der CDU-Fraktion zur Prüfung von Parkerleichterungen für Handwerksbetriebe sowie weitere Gewerbetreibende und Dienste aus der Gesundheitsbranche
Vorlage: VII/2020/01262

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

einstimmig abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Bei der Beantragung von Ausnahmegenehmigungen nach § 46 StVO prüft die Stadt Halle über die bestehenden Möglichkeiten hinaus die Einführung von Parkerleichterungen für Handwerksbetriebe im Stadtgebiet.

Dabei ist insbesondere zu prüfen:

1. Einführung von fälschungssicheren Parkerlaubnis-Couponheften und digitalen Alternativen;
2. Erlaubnis zum Parken ~~im eingeschränkten Haltverbot~~, auf Parkplätzen (sowohl gebührenpflichtig als auch mit Parkscheibe) und auf Anwohnerparkplätzen (tagsüber);
3. Weiterentwicklung vergleichbarer Regelungen der Städte Leipzig und Chemnitz (Anlage);
4. Auswirkung der Maßnahme zum Bürokratieabbau und Stärkung der regionalen Wirtschaft, insbesondere auch hinsichtlich der Auswirkungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie auf Unternehmen;
5. Ausweitung auf weitere Gewerbetreibende und Dienste aus der Gesundheitsbranche.

zu 5.3 Antrag der CDU-Fraktion zur Nutzung städtisch geförderter soziokultureller Zentren, Erwartungen der Stadt im Sinne eines gewaltfreien Engagements, demokratischen Verhaltens und der Gewährleistung von Meinungspluralität
Vorlage: VII/2020/01303

Herr Bernstiel führte in den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Winkler** bat um Abstimmung des Antrags.

zu 5.3 Antrag der CDU-Fraktion zur Nutzung städtisch geförderter soziokultureller Zentren, Erwartungen der Stadt im Sinne eines gewaltfreien Engagements, demokratischen Verhaltens und der Gewährleistung von Meinungspluralität
Vorlage: VII/2020/01303

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mehrheitlich

abgelehnt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, **sich mit nachfolgender Erklärung an die Pächter und Mieter kommunaler Immobilien zu wenden**, in welchen **soziokulturelle Zentren betrieben werden** ~~eine schriftliche Erklärung mit folgendem Inhalt einzufordern:~~

„I. Die Stadt Halle erwartet von den Pächtern und Nutzern ihrer Immobilien ein klares Bekenntnis zu einem gewaltfreien Engagement, demokratischen Verhalten und Meinungspluralität im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Menschenverachtenden Parolen und diffamierenden Angriffe auf die freiheitlich demokratische Grundordnung (siehe § 4 BVerfSchG, § 5 VerfSchG-LSA) **wird die Stadt Halle bei Nutzern ihrer Immobilien nicht akzeptieren.**

II. Deshalb fordern wir die Pächter und Nutzer unserer städtischen Immobilien auf, eine aktive Teilnahme von Personen oder Organisationen, die im Rahmen der amtlichen Berichterstattung **der zuständigen Verfassungsschutzbehörde** (§ 15 VerfSchG-LSA) extremistischen Strukturen zugeordnet werden, ~~wollen wir~~ bei Veranstaltung auf dem Vereinsgelände (insbesondere als Referenten, Künstlern und Projektpartner) nicht **zuzulassen. Dies gilt für alle entsprechend benannten Personen oder Gruppen unabhängig davon, welchen extremistischen Bestrebungen sie zugeordnet werden (z.B. Rechts- oder Linksextremismus, Islamismus).**

III. Wiederholte oder langfristige Verstöße gegen die hier formulierten Grundsätze wird die Stadt Halle als eine Verletzung des Nutzungsvertrages betrachten und entsprechende Konsequenzen ziehen.

- ~~2. Die Ansprache der betroffenen Zentren soll innerhalb von vier Wochen nach der Beschlussfassung zu diesem Antrag erfolgen. Die Selbsterklärung ist innerhalb weiterer sechs Wochen abzugeben.~~
- ~~3. Die Einhaltung ist regelmäßig zu prüfen. Dazu geben die unter 1. definierten Pächter und Mieter in geeigneter Form einen Nachweis zur sachgemäßen Nutzung des Objektes im Sinne der Erklärung ab.~~
- ~~4. Verstöße gegen die Trägererklärung werden als Vertragsverletzung des Nutzungsvertrages gewertet.~~

zu 5.4 **Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft nach der Corona-Krise**
Vorlage: VII/2020/01263

zu 5.4.1 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft nach der Corona-Krise – Vorlagen-Nummer: VII/2020/01263**
Vorlage: VII/2020/01401

zu **Kreativwirtschaft und Start-ups in Zeiten von Corona**

Herr Bernstiel brachte seinen Antrag ein und begründete diesen. Er ergänzte, dass er den Änderungsantrag der SPD-Fraktion übernimmt.

Frau Ernst wies darauf hin, dass die Stadtverwaltung bereits seit mehreren Wochen die Unternehmen unterstützt und Hilfestellung leistet.

Frau Dr. Sachse informierte anhand einer Präsentation über die Unterstützung der Unternehmen in der Corona-Krise.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Lange sagte, dass seine Fraktion den Fokus auf die Solo-Selbständigen und Start-ups legen wollte, welche besonders stark von der Corona-Krise betroffen sind. Seine Fraktion hat aus dem Bereich der Kreativwirtschaft Gäste eingeladen. Er bat um Erteilung des Rede-rechts.

Herr Bernstiel äußerte seine Verwunderung darüber, dass diese Thematik zu seinem Antrag diskutiert werden soll. Er regte an, diese Thematik unter Anregungen zu behandeln.

Frau Ernst sagte, dass man sich auf diese Verfahrensweise bei der Feststellung der Tages-ordnung verständigt hat. Einwendungen gab es dazu nicht.

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde für die Gäste der Kreativwirtschaft das Rederecht mehrheitlich erteilt.

Herr Lange schlug vor, den Antrag von Herrn Bernstiel vorerst abzustimmen und dann den eingeladenen Gästen die Möglichkeit zu geben, ihr Anliegen vorzutragen.

Frau Winkler bat um Abstimmung des Antrags.

zu 5.4 **Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft nach der Corona-Krise**
Vorlage: VII/2020/01263

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

einstimmig zugestimmt
nach Änderungen

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

mehrheitlich zugestimmt
nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, **sofort** einen Maßnahmenplan zur Unterstützung und Wiederbelebung der lokalen Wirtschaft für die Zeit nach dem Ende der Corona-Pandemie zu erarbeiten.
2. Dieser Maßnahmenplan ist dem Stadtrat spätestens bis zum Juli 2020 zur Beschlussfassung vorzulegen.

- ~~3. Im Zuge der Erarbeitung dieses Planes sollen Maßnahmen geprüft und benannt werden, die geeignet sind, die lokale Wirtschaft nach dem Ende der Corona-Pandemie zu unterstützen.~~

~~Beispielhaft seien genannt:~~

- ~~➤ bevorzugte Auftragsvergabe an halesche Firmen im Rahmen des rechtlich Möglichen~~
- ~~➤ Verzicht auf Pachtgebühren sowie Genehmigung kostenfreier Veranstaltungen auf der Peißnitz, dem Marktplatz oder anderen städtischen Freiflächen~~
- ~~➤ temporäre Verlängerung der Öffnungszeiten von Geschäften (z.B. Midnight Shopping)~~
- ~~➤ zeitlich befristetes Aussetzen oder Ausweiten der Sperrstunde für die Außengastronomie~~
- ~~➤ Erweiterung von Möglichkeiten zur Außengastronomie~~
- ~~➤ temporäre Aussetzung der Erhebung der Verwaltungsgebühren nach der Verwaltungskostensatzung~~
- ~~➤ temporäre Aussetzung der Erhebung der Vergnügungssteuer für öffentliche Tanzveranstaltungen~~

**zu 5.4.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft nach der Corona-Krise – Vorlagen-Nummer: VII/2020/01263
Vorlage: VII/2020/01401**

Abstimmungsergebnis: keine Abstimmung

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, **sofort** einen Maßnahmenplan zur Unterstützung und Wiederbelebung der lokalen Wirtschaft für die Zeit nach dem Ende der Corona-Pandemie zu erarbeiten.
2. Dieser Maßnahmenplan ist dem Stadtrat spätestens bis zum Juli 2020 zur Beschlussfassung vorzulegen.
- ~~3. Im Zuge der Erarbeitung dieses Planes sollen Maßnahmen geprüft und benannt werden, die geeignet sind, die lokale Wirtschaft nach dem Ende der Corona-Pandemie zu unterstützen.~~

~~Beispielhaft seien genannt:~~

- ~~➤ bevorzugte Auftragsvergabe an halesche Firmen im Rahmen des rechtlich Möglichen~~
- ~~➤ Verzicht auf Pachtgebühren sowie Genehmigung kostenfreier Veranstaltungen auf der Peißnitz, dem Marktplatz oder anderen städtischen Freiflächen~~
- ~~➤ temporäre Verlängerung der Öffnungszeiten von Geschäften (z.B. Midnight Shopping)~~
- ~~➤ zeitlich befristetes Aussetzen oder Ausweiten der Sperrstunde für die Außen-~~

- gastronomie
- ~~Erweiterung von Möglichkeiten zur Außengastronomie~~
- ~~temporäre Aussetzung der Erhebung der Verwaltungsgebühren nach der~~
- ~~Verwaltungskostensatzung~~
- ~~temporäre Aussetzung der Erhebung der Vergnügungssteuer für öffentliche Tanzveranstaltungen~~

zu **Kreativwirtschaft und Start-ups in Zeiten von Corona**

Frau Dr. Wünscher bat darum, eine Zeitbegrenzung der Redebeiträge der Gäste festzulegen.

Herr Schied äußerte seinen Unmut über die aktuelle Verfahrensweise. Er merkte an, dass die Problematik der Kreativwirtschaft nicht im Maßnahmeplan der Stadtverwaltung erfasst ist. Des Weiteren sagte er, dass seiner Meinung nach die Verwaltung den Antrag zur aktuellen Stunde torpediert hat.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies auf die Formalien zur Beantragung einer Aktuellen Stunde hin. Da die Thematik der beantragten Aktuellen Stunde bereits auf der heutigen Tagesordnung stand, war der Antrag für eine Aktuelle Stunde zur selben Thematik unzulässig.

Frau Winkler schlug vor, dem ersten Gast eine Redezeit von 10 Minuten zu gewähren und den übrigen 3 Minuten.

Herr Kisser informierte anhand einer Präsentation über die Kultur- und Kreativwirtschaft in Sachsen-Anhalt. Er berichtete über das Gelingen der Digitalisierung und des gesellschaftlichen Wandels und über den damit verbundenen Impuls für eine positive Entwicklung der Stadt Halle (Saale). Des Weiteren bat er um Aktivitäten innerhalb des Maßnahmeplans der Stadtverwaltung, die diese wichtige Branche in den Fokus nimmt. Er wies dabei auch auf die Start-up-Szene und den Verband Games & XR Mitteldeutschland hin.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session eingestellt.

Frau Reinhardt ergänzte, dass der Wunsch besteht, sich mehr für hallesche Gründer einzusetzen. Sogenannte Gründerprogramme und die dazugehörige finanzielle Unterstützung wären vorteilhaft.

Herr Lange fragte, ob aus Sicht der Start-up Szene etwas zum Thema ergänzt werden kann.

Herr Kreuzer sagte, dass es Gewinner und Verlierer hinsichtlich von Arbeitsaufträgen durch die Corona-Krise gibt. Er warb für einen schnellen Weg in die Normalität.

Herr Lange fragte, wie eine finanzielle Unterstützung durch die Kommune umgesetzt werden soll.

Herr Kisser antwortete, dass in den Maßnahmen des Bundes und der Länder Kreativschaffende nicht groß berücksichtigt werden. Diese befinden sich nicht in einer GmbH und erhalten somit kein Kurzarbeitergeld. Einige Bundesländer haben die Not erkannt, die Verdienstauffälle auszugleichen. Es wurden eigene Programme aufgestellt, um Soloselbstständige finanziell monatlich zu unterstützen.

Frau Dr. Sachse sagte, dass der Verwaltung der geschilderte Sachverhalt bekannt ist. Es wurde vonseiten des Landes signalisiert, dass ein Programm für Kreativschaffende aufgelegt werden soll. Die Verwaltung wird dahingehend unterstützen und beraten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**zu 5.5 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Unterstützung der Einzelhändler und Gastronomen bei der Überwindung der Corona-Krise
Vorlage: VII/2020/01237**

Herr Heinrich brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Winkler** bat um Abstimmung des Antrags.

**zu 5.5 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Unterstützung der Einzelhändler und Gastronomen bei der Überwindung der Corona-Krise
Vorlage: VII/2020/01237**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig abgelehnt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat von Halle beauftragt den OB zu prüfen, ob zur Unterstützung bei der Überwindung der wirtschaftlichen Folgen des sog. Lockdown wegen der Corona-Krise befristet bis zum 31.08.12.2020 folgende Regelung abweichend von ~~den der derzeit gültigen Sondernutzungssatzung für allgemein verbindlich erklärt~~ **geltenden, vertraglich mit der Fa. DSM Deutsche Städte Medien GmbH vereinbarten, gemeinsam getroffenen werden kann:**

1. Sämtlichen Einzelhändlern und Gastronomen wird das Aufstellen eines sog. Kundenstoppers oder eines ähnlichen Werbemittels kosten- und genehmigungsfrei bis zum 31.08.12.20 ohne Antragstellung gestattet.
2. Die Gewerbetreibenden, denen aufgrund Antrags bereits entsprechende Sondernutzungsgenehmigungen vorliegen, sind berechtigt bis zum 31.08.12.20 einen zusätzlichen Kundenstopper kosten- und genehmigungsfrei aufzustellen.
3. Bei der Aufstellung dieser kosten- und genehmigungsfrei aufgestellten Kundenstopper ist darauf zu achten, dass Verkehrsteilnehmer nicht unzulässig behindert oder gefährdet werden.

**zu 5.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Ausbau der Park&Ride-Kapazitäten
Vorlage: VII/2020/01052**

Herr Steinke brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Winkler wies darauf hin, dass es sich um den übertragenen Wirkungskreis handelt.

Frau Thomann merkte an, dass es sich um eine Zustandsaufnahme handelt und damit ihrer Meinung nach nicht der übertragene Wirkungskreis greift.

Herr Schied stimmte den Ausführungen von Frau Thomann zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Winkler** bat um Abstimmung des Antrags.

**zu 5.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Ausbau der Park&Ride-Kapazitäten
Vorlage: VII/2020/01052**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mehrheitlich zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird damit beauftragt zu prüfen, inwiefern die vorhandenen Park&Ride-Möglichkeiten ausreichend sind. Falls nicht sollen ein Plan zur Erweiterung vorhandener Kapazitäten (gegebenenfalls auch das Ausweisen neuer Standorte) sowie eine Zeitschiene für die Umsetzung konzipiert werden.
2. Die Stadtverwaltung wird zudem beauftragt zu prüfen, inwiefern ein Teil des geplanten Parkhauses am Riebeckplatz (Nordostquadrant) als weiterer Park&Ride-Standort im neuen Mobilitätskonzept genutzt werden kann. In die Prüfung soll einbezogen werden, welche Möglichkeiten es gibt, das Ticket für die Nutzung des Parkhauses gleichzeitig auch als ÖPNV-Ticket für die Tarifzone 210 nutzbar zu machen.
3. Die Prüfergebnisse sollen dem Stadtrat zur Information im Oktober 2020 vorgelegt

**zu 5.7 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erstellung eines Mobilitätskonzeptes für den neuen Verwaltungsstandort Scheibe A in Halle-Neustadt
Vorlage: VII/2020/01053**

**zu 5.7.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erstellung eines Mobilitätskonzeptes für den neuen Verwaltungsstandort Scheibe A in Halle-Neustadt
Vorlage: VII/2020/01174**

Frau Dr. Wünscher sagte, dass derzeit ein Mobilitätskonzept für das gesamte Stadtgebiet erstellt wird. Diesem sollte man ihrer Meinung nach nicht durch die Zustimmung dieses Antrags vorgreifen.

Frau Rohrbach fragte, wann das Mobilitätskonzept fertiggestellt wird.

Frau Ernst antwortete, dass das Konzept im 3. Quartal 2020 in die Gremien eingebracht wird.

Frau Rohrbach sagte, dass es aus Sicht der Stadtverwaltung Sinn ergibt, schon vorab für Halle-Neustadt eine Analyse durchzuführen.

Frau Thomann gab zu bedenken, dass die Stadtverwaltung als Arbeitgeber vorab prüfen sollte, wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Arbeitsstätte (Scheibe A) gelangen. Nach der Bestandsaufnahme könnte die Stadtverwaltung gemeinsam mit dem Stadtrat eine Lösung finden, wie befördert werden kann, ohne dass ein Großteil der Angestellten mit dem Auto anreist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Winkler** bat um Abstimmung des Antrags.

zu 5.7 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erstellung eines Mobilitätskonzeptes für den neuen Verwaltungsstandort Scheibe A in Halle-Neustadt
Vorlage: VII/2020/01053

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mit Patt abgelehnt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für ~~den neuen Verwaltungsstandort~~ **das Zentrum** in Halle-Neustadt „Scheibe A“ ein umfassendes Mobilitätskonzept zu erstellen. Ziel des Konzeptes soll sein, die Nutzung des Motorisierten Individualverkehrs auf dem Weg zur und von der Arbeit und im Dienst sowie die Neuerrichtung von PKW-Stellplätzen auf ein Mindestmaß zu reduzieren und vielmehr Anreize dafür zu setzen, für Arbeits- und Dienstwege den Öffentlichen Personennahverkehr und/oder das Fahrrad zu nutzen.

zu 5.7.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erstellung eines Mobilitätskonzeptes für den neuen Verwaltungsstandort Scheibe A in Halle-Neustadt
Vorlage: VII/2020/01174

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für ~~den neuen Verwaltungsstandort~~ **das Zentrum** in Halle-Neustadt „Scheibe A“ ein umfassendes Mobilitätskonzept zu erstellen. Ziel des Konzeptes soll sein, die Nutzung des Motorisierten Individualverkehrs auf dem Weg zur und von der Arbeit und im Dienst sowie die Neuerrichtung von PKW-Stellplätzen auf ein Mindestmaß zu reduzieren und vielmehr Anreize dafür zu setzen, für Arbeits- und Dienstwege den Öffentlichen Personennahverkehr und/oder das Fahrrad zu nutzen.

zu 5.8 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bekämpfung sozialer Segregation
Vorlage: VII/2020/01055

Herr Steinke brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand fragte, ob das wohnungspolitische Konzept zur Kenntnis genommen wurde.

Herr Steinke bejahte dies.

Frau Kozyk sagte, dass keine Studien benötigt werden, da den Wohnungsgesellschaften die Erkenntnisse bereits vorliegen. Sie bot an, bei Problemen als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Des Weiteren betonte sie, dass alle Themen im wohnungspolitischen Konzept enthalten sind und dass das Konzept auch die Möglichkeit bietet, neuere Erkenntnisse einzubringen. Daher wird sie dem Antrag nicht zustimmen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Winkler** bat um Abstimmung des Antrags.

zu 5.8 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bekämpfung sozialer Segregation
Vorlage: VII/2020/01055

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

mit Patt abgelehnt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Stadtrates im September 2020 darzustellen, wo und wie sich in den letzten 10 Jahren in Halle (Saale) Segregationstendenzen zwischen verschiedenen Stadt- und Bevölkerungsteilen zeigen und anhand welcher konkreten Kriterien und auf welcher Datenbasis diese ermittelt wurden.
2. Zudem wird die Stadtverwaltung beauftragt, wohnungspolitische Maßnahmen zu entwickeln und ~~zu ergreifen~~ **dem Stadtrat vorzulegen**, um den Segregationstendenzen wirkungsvoll zu begegnen. Insbesondere sind die zur Verfügung stehenden Instrumente des BauGB hinsichtlich Eignung und Praktikabilität zu bewerten, z. B. § 9 Nr. 8 Festsetzungsmöglichkeit zu gefördertem sozialen Wohnungsbau oder § 171 e Maßnahmen zur sozialen Stadt.

zu 5.9 **Antrag der Freien Demokraten (FDP) zur Vermeidung von unnötigen Parkplatzsuchverkehren**
Vorlage: VII/2020/00937

Herr Schaper brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Heinemann sagte, dass der Mobilitätsdruck in Halle (Saale) tendenziell zunehmen wird. Er regte eine generelle Prüfung zur Verkehrsvermeidung/-verlagerung an.

Frau Thomann sagte, dass sie sich dem inhaltlichen Ansinnen anschließen kann. Dennoch sei eine Prüfung nicht zielführend.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Winkler** bat um Abstimmung des Antrags.

zu 5.9 **Antrag der Freien Demokraten (FDP) zur Vermeidung von unnötigen Parkplatzsuchverkehren**
Vorlage: VII/2020/00937

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt Angebote für Sensor-basierte intelligente Parkleitsysteme zur Nutzung für die Altstadt sowie für Wohnviertel mit besonders großem Parkdruck einzuholen **zu prüfen**, bei welchem sich die Parkplatzsuchenden per App oder Navigationssystem zu einem freien Parkplatz leiten lassen können. Die Realisierbarkeit und Kosten sind dem Stadtrat bis Juni **September** 2020 vorzulegen. Zudem soll geprüft werden, ob Pilotprojekte und Fördermittel eingetrieben werden können. **Die Prüfung soll der Kostenschätzung dienen und beinhaltet nicht das Eingehen von vorvertraglichen Vertragsverhältnissen mit den Anbietern.**

zu 5.10 **Antrag der Stadträte Gernot Nette und Johannes Menke zur Ausweisung von Kurzzeitparkplätzen für den Wirtschaftsverkehr in der halleschen Innenstadt**
Vorlage: VII/2020/00940

Es gab keine Wortmeldungen, sodass **Frau Winkler** um Abstimmung des Antrags bat.

zu 5.10 Antrag der Stadträte Gernot Nette und Johannes Menke zur Ausweisung von Kurzzeitparkplätzen für den Wirtschaftsverkehr in der halleschen Innenstadt
Vorlage: VII/2020/00940

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

einstimmig abgelehnt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt in ausreichender Zahl, dem Bedarf entsprechende Kurzzeitparkplätze (Höchstparkdauer eine Stunde) für den Wirtschaftsverkehr in ~~der halleschen Altstadt~~, der nördlichen Innenstadt und der südlichen Innenstadt zu schaffen.
2. Mit den Verbänden der Pflegedienstleister, der Handwerkskammer und des Transportgewerbes, hat sie den Bedarf für eine ausreichende Anzahl und hinreichende Dichte dieses speziellen Parkraumangebots zu ermitteln.
3. Der Beschluss ist bis zum 31.12.2021 umzusetzen

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es gab keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Berichterstattung zu befristeten Stellen der kommunalen Unternehmen
Vorlage: VII/2020/01248

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Lange zu P&C

Herr Lange nahm Bezug auf das Verbleiben der Filiale P&C am Standort Halle (Saale). Er fragte nach dem aktuellen Stand und ob es Ideen gibt, wie das Verbleiben des Unternehmens in Halle (Saale) gesichert werden kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass mit der Geschäftsleitung der Filiale in Halle (Saale) Kontakt aufgenommen wurde. Die Antwort steht noch aus. Die Stadtverwaltung ist bestrebt, das Unternehmen in Halle (Saale) zu halten.

zu 8.2 Herr Lange zu Primark

Herr Lange fragte, ob der Stadtverwaltung bekannt ist, dass Primark in Halle (Saale) ansiedeln will.

Frau Dr. Sachse verneinte dies.

zu 8.3 Herr Schied zur Beschilderung des Fahrstuhls im Stadthaus

Herr Schied wies darauf hin, dass der englische Teil des Hinweisschildes am Fahrstuhl des Stadthauses fehlerhaft ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bedankte sich für den Hinweis.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Frau Winkler beendete den öffentlichen Teil der Ausschusssitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Yvonne Winkler
Ausschussvorsitzende

Sarah Lange
Protokollführerin